

Gastkolumne

Verschwinden Banken, muss die Demokratie pausieren

Geht es um Geheimhaltung und Tempo, hat das Parlament nichts zu melden. Genau das tut es dann natürlich umso lauter



Caspar Hirschi

Was wir diese Woche erlebt haben, ist die Fortsetzung der Demokratie als Farce. Der Nationalrat debattiert bis in die Nacht hinein, tags darauf geht das Ringen im Ständerat weiter, bevor die grosse Kammer die Vorlage bachab schickt und der zuständigen Bundesrätin, wie die Presse schreibt, «die grösste Niederlage» ihrer Karriere bereitet. Worum ging es? Es gibt einen alten Spruch, mit dem Politiker gerne Professoren verspotten: «Akademische Dispute sind so heftig, weil so wenig auf dem Spiel steht.» Offenbar gilt das auch für die Politik.

In Bern ging es um nichts – und deswegen um alles. Die «Pistolenhochzeit» von CS und UBS ist längst vollzogen, der Verpflichtungskredit des Bundes von 109 Milliarden per Notrecht gesprochen. Das Parlament hatte nichts mehr zu sagen und redete sich umso fulminanter in einen Gesichtswahrungsrausch. Er wirkte so ansteckend, dass manche Medien wie besoffen kommentierten und selbst Karin Keller-Sutter nicht mehr ganz nüchtern reagierte. Die Demokratie wird nicht friedlicher, wenn sie zum Ritual gerinnt, nur theatralischer.

Die Frage aber, warum wir für die Rettung heruntergewirtschafteter Banken den Bankrott demokratischer Verfahren in Kauf nehmen, wurde in Bern nicht diskutiert. Hier

liegt der Hund begraben. Vielleicht ist das Parlament noch zu pandemiegeschwächt, um den Gründen für seine Entmachtung nachzugehen. Dabei war die Corona-Politik im Vergleich zur CS-Verhökerung an die UBS geradezu eine basisdemokratische Veranstaltung. Als das Parlament zu Beginn der Pandemie aufs politische Abstellgleis geriet, war es wegen eines selbstgewählten Rückzugs aus Panik. Diesmal aber wurde es gezielt ausgeschaltet.

Der Grund für die Ungleichbehandlung der Legislative in der Corona- und in der CS-Krise ist nicht so leicht ersichtlich, denn die Massnahmen zur Eindämmung der Gefahr wurden in beiden Fällen mit dem gleichen Vokabular gerechtfertigt: Es ging um das Verhindern von «Ansteckungen» – einmal von anderen Menschen, einmal von anderen Banken. Der entscheidende Punkt ist jedoch, was damit jeweils gemeint war. Bei Corona war das Virus physischer, bei der CS psychischer Natur.

Dieser Unterschied hat für die Krisenbewältigung gewaltige Konsequenzen. Kündet sich eine Pandemie an, müssen die Menschen ihr Verhalten rasch ändern, um Ansteckungen zu vermeiden. Je früher sie informiert und je eindringlicher sie gewarnt werden, desto besser.

Droht dagegen ein Bankenkollaps, ist das Gegenteil geboten. Die Gesellschaft soll sich in Normalität wähnen, damit jeder sein Geld lässt, wo es ist, und im Finanzsystem keine Panik ausbricht. Je länger geschwiegen und überzeugender beruhigt wird, desto besser. Kommt es dennoch zu einem Bankenkollaps, hätte jede demokratische Lösungssuche die Wirkung einer Virenschleuder. Die Rettung muss auf leisen Sohlen, in Windeseile und mit einer

“
Im Vergleich zur Verhökerung der CS an die UBS war die Corona-Politik geradezu eine basisdemokratische Veranstaltung.

Immunisierungswucht erfolgen, dass keine weitere Ansteckung möglich ist.

Damit gehorcht das Krisenmanagement für den Finanzsektor einem Geheimhaltungsgebot, das zur Ausbildung eines expertokratischen Apparats mit enormer Hebelwirkung beigetragen hat. Machen wir uns nichts vor: Bei der Bankenzwangsheirat hielt nicht der Bundesrat, sondern die Schweizer Nationalbank die Pistole in der Hand. Ihre krisenpolitische Vollzugsgewalt war bisher dadurch legitimiert, dass sie der Allgemeinheit einen grösseren Nutzen versprach als demokratische Organe. Nach dem Motto: Stimmt das Ergebnis, fragt niemand, wie es zustande gekommen ist.

Demokratisch war diese Haltung schon nach der UBS-Rettung suspekt, weil bei Milliardenkrediten für marode Banken Risiken einzugehen und Abwägungen zu treffen sind, bei denen erst zu klären wäre, wie ein gesellschaftlich wünschbares Ergebnis aussieht.

Mit dem CS-UBS-Deal akzentuiert sich das Legitimationsdefizit der SNB, hat sie doch die von ihr mitgestaltete und demokratisch abgesegnete Too-big-to-fail-Regulierung links liegen gelassen und stattdessen, um kurzfristigen Schaden abzuwenden, ein noch grösseres Schadenspotenzial geschaffen. Hellsichtige Insider wie der Ökonom Paul Tucker haben schon vor Jahren gewarnt, dass die «unelected power» von Zentralbanken zum demokratischen Problem wird, wenn sie mit einer wachsenden Instabilität des globalen Finanzsystems einhergeht. Mit diesem Problem müsste sich das Parlament befassen, wenn es in Zukunft mehr als blosses Symbolpolitik machen möchte.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.

